

Leopoldina fordert offene Schulen

Nationalakademie sieht enorme Belastungen für Kinder in der Pandemie / Von Heike Schmoll, Berlin

Lange war nur befürchtet worden, dass Schüler während des pandemiebedingten Distanzunterrichts weit weniger gelernt haben. Nun ist eine Metastudie von Forschern der Frankfurter Goethe-Universität mit Daten aus aller Welt zu dem ernüchternden Ergebnis gelangt, dass die Lerneffekte denkbar gering waren. „Die durchschnittliche Kompetenzentwicklung während der Schulschließungen im Frühjahr 2020 ist als Stagnation mit Tendenz zu Kompetenzinbußen zu bezeichnen“, sagte einer der Mitautoren, der Pädagogische Psychologe Andreas Frey. Der Effekt des Distanzunterrichts sei ähnlich wie jener von Sommerferien. Berücksichtigt haben die Forscher nur forschungsmethodisch hochwertige Publikationen, die eindeutige Wirkungen coronabedingter Schulschließungen belegen. Es gibt jedoch Hinweise darauf, dass die Lernverluste gerade bei schwachen Schülern während des zweiten Lockdowns im Herbst und Winter nicht ganz so drastisch ausfielen.

Weil nicht nur die Lernverluste, sondern auch die psychosozialen Folgen der Pandemie für Kinder und Jugendliche enorm sind, hat die Nationalakademie Leopoldina gefordert, Schulen und Kindergärten unter Berücksichtigung geeigneter Schutzmaßnahmen in der Pandemie offen zu halten. Es sollte nicht nur darum gehen, „pandemiebedingte Defizite auszugleichen, sondern die Situation von Kindern und Jugendlichen in Deutschland soll nach der Pandemie besser als vorher sein“, heißt es in der achten Ad-hoc-Stellungnahme der Leopoldina, die am Montag veröffentlicht wurde. Denn der Präsenzbetrieb sei die effektivste Form des Lernens. Zuletzt hatte die Kultusministerkonferenz eine Rückkehr zum Regelbetrieb nach den Sommerferien gefordert, die in einigen Ländern in dieser Woche beginnen.

Die Leopoldina plädiert in ihrem 15 Seiten umfassenden Papier für einen Ausbau der digitalen Infrastruktur der Bildungseinrichtungen. Es geht ihr dabei nicht nur um Hardwareausstattung, sondern auch um IT-Fachkräfte, die sie warten, sowie um Aus- und Fortbildung der pädagogischen Fachkräfte und Lehrkräfte in Kitas und Schulen.

Außerdem hält die Nationalakademie eine langfristige und effektive Sprachförderung durch standardisierte frühe Sprachdiagnostik und den Ausbau einer alltagsintegrierten sprachlichen Bildung als festen Bestandteil der Kindertagesbetreuung für unerlässlich. Die Stundentafel in den Grundschulen sollte aus Sicht der Leopoldina angepasst werden, um vorrangig Rückstände in den Kernfächern Deutsch und Mathematik aufzuholen sowie zusätzliche Förderinstrumente für Schüler mit

London soll Rückkehr erleichtern Reisebranche für Lockerung von Corona-Auflagen

job. LONDON. Tory-Abgeordnete und Vertreter der Reisebranche haben die britische Regierung zu Lockerungen der Reiseauflagen aufgefordert, nachdem bekanntgeworden ist, dass nicht einmal jeder zweihundertste Reisende Rückkehrer aus sogenannten gelben Ländern positiv getestet wurde. Der einflussreiche Abgeordnete Graham Brady sagte: „Impfungen und Tests machen das internationale Reisen sicherer. Es ist Zeit für die Briten, die Vorteile des Impfens zu nutzen, und Zeit für uns, die Reiseindustrie wieder in Schwung zu bringen.“ In der Reiseindustrie wurde verlangt, mehr Länder auf die sogenannte grüne Liste zu setzen und die Quarantänebestimmungen zu lockern.

Der Nationale Gesundheitsdienst (NHS) hatte die Testergebnisse von 23.465 Reisende zurückgekehrt ausgewertet, die zwischen dem 20. Mai und dem 9. Juni aus den 167 Ländern zurückgekehrt sind, die auf der „gelben Liste“ stehen. Dazu gehören auch alle Staaten der Europäischen Union. Nur 89 Rückkehrer – oder 0,4 Prozent – wurden positiv getestet. Sie kamen aus 16 der 167 Länder. Niemand der positiv Getesteten war mit der Delta-Variante

schwächeren schulischen Leistungen in der Primar- und Sekundarstufe zu etablieren. Hier schließt sich die Leopoldina den Forderungen der Ständigen wissenschaftlichen Kommission (Stäwiko) der Kultusministerkonferenz an.

Da es „Plastizitätsfenster“ des Gehirns gebe, die sich öffneten und wieder schlossen, müsse ein früher Spracherwerb gesichert sein. „Nur bei einem adäquaten sprachlichen Input zwischen dem 3. und 6. Lebensjahr haben Kinder mit Migrations- und Fluchtgeschichte eine Chance, Deutsch akzentfrei und grammatisch richtig zu lernen“, heißt es in der Stellungnahme.

Schon vor der Pandemie sei etwa bei jedem fünften Kind ein Sprachförderbedarf festgestellt worden, im Jahr 2019 hatten mehr als ein Viertel der Viertklässler, das sind fast 200.000 Kinder, so niedrige mathematisch-naturwissenschaftliche Kompetenzen, dass sie vermutlich nach dem Übertritt in die Sekundarstufe I in beiden Bereichen nicht anschlussfähig lernen können, heißt es im Bildungskapitel der Stellungnahme.

Einen deutlichen Akzent legt die Nationalakademie auf die psychosozialen Folgen und die körperlichen wie seelischen Auswirkungen des Bewegungsmangels während der Pandemie. Künstlerische, musische und handwerkliche Aktivitäten von Kindern und Jugendlichen, die pandemiebedingt weitgehend zum Erliegen kamen und nicht empirisch untersucht wurden, werden nur erwähnt.

Die Arbeitsgruppe, in der vor allem Mediziner, Psychologen, Sozialwissenschaftler und Bildungsforscher mitgearbeitet haben, hält es für nötig, eine bewegungsfördernde Infrastruktur mit täglichen Bewegungsangeboten in Kitas und Schulen und umfassende Programme zur Förderung eines gesunden Lebensstils (Ernährung, Schlaf, körperliche Aktivität) auszubauen. Schon vor der Pandemie bewegten sich Kinder und Jugendliche zu wenig, nur 26 Prozent erfüllten die Mindestanforderungen der WHO von einer Stunde Bewegung am Tag mit mindestens moderater Intensität.

Außerdem müssten pädagogische Fachkräfte in Kitas und Lehrern in Schulen besser über die frühen Warnzeichen auftretender psychischer Probleme Bescheid wissen und dafür sensibilisiert werden. Die diagnostischen Fähigkeiten von Erziehern und Lehrern sollten daher erheblich geschärft werden. Ergänzt werden sollte das Frühwarnsystem durch den Ausbau der Jugendhilfe und der Schulsozialarbeit. Außerdem halten die Forscher es für dringend erforderlich, die Wartezeiten für Therapien psychischer Störungen des Kindes- und Jugendalters zu verkürzen und evidenzbasierte Maßnahmen auszuweiten.

Frankfurter Allgemeine

Frankfurter Zeitung
Gründungsherausgeber Erich Welter †

VERANTWORTLICHE REDAKTEURE: für Innenpolitik: Dr. Jasper von Altenbockum; für Außenpolitik: Dr. Nikolas Busse; für Nachrichten und Politik Online: Andreas Ross, Oliver Georgi (stv.), Mona Jaeger (stv.); für „Zeitgeschehen“: Dr. Reinhard Müller; für „Die Gegenwart“: Dr. Daniel Deckers; für Deutschland und die Welt: Dr. Alfons Kaiser; für Wirtschaftspolitik: Heike Göbel; für Wirtschaftsberichterstattung: Johannes Pennkamp; für Unternehmen: Sven Astheimer; für Finanzen: Inken Schönauer; für Wirtschaft und Finanzen Online: Alexander Armbruster, Christoph Schäfer; für Sport: Anno Hecker, Peter Penders (stv.); für Sport Online: Tobias Rabe; für Feuilleton: Sandra Kegel, Dr. Matthias Alexander (stv.); Jakob Strobel y Serra (stv.); für Literatur und literarisches Leben: Andreas Plattner; für Feuilleton Online: Michael Hanfeld; für Rhein-Main: Helmut Schwab, Marie Lisa Kehler (stv.), Manfred Köhler (stv.).

FÜR REGELMÄSSIG ERSCHEINENDE BEILAGEN UND SONDERSEITEN: Beruf und Chance: Nadine Bös; Bildungswelten: Dr. h.c. Heike Schmoll; Der Betriebswirt: Mark Fehr; Der Volkswirt: Maja Brankovic; Die Lounge: Johannes Pennkamp; Die Ordnung der Wirtschaft: Heike Göbel; Digitale: Alexander Armbruster; Forschung und Lehre: Thomas Thiel; Geisteswissenschaften: Patrick Bahners; Immobilien: Michael Potta; Jugend schreibt: Dr. Ursula Kals; Jugend und Wirtschaft: Lisa Becker; Kunst-

markt: Dr. Rose-Maria Gropp; Medien: Michael Hanfeld; Menschen und Wirtschaft: Philipp Krohn; Natur und Wissenschaft: Joachim Müller-Jung; Neue Sachbücher: Helmut Mayer; Politische Bücher: Dr. Peter Sturm; Recht und Steuern: Corinna Budras; Reiseblatt: Freddy Langer; Staat und Recht: Dr. Reinhard Müller; Technik und Motor: Holger Appel.

Bildredaktion: Henner Flohr; **Chefin vom Dienst:** Dr. Elena Geus; **Grafische Gestaltung/Informationsgrafik:** Holger Windführ (Art Director), Benjamin Boch (Stv. Grafische Gestaltung), Informationsgrafik: Andre Piron.

DIGITALE PRODUKTE: Cai Tore Philippsen (verantwortlicher Redakteur), Kai N. Pritzsche (Redaktionsleiter), Stefanie Michels (Social Media), Robert Wenckemann (Art Director), Andreas Krobok (Audio/Video), Sönke Sievers (Multimedia Ausgabe).

GESCHÄFTSFÜHRUNG: Thomas Lindner (Vorsitzender), Dr. Volker Breid.

DIGITALE PRODUKTION UND VERTRIEB: Stefan Buh, Nico Wilfer.

ANZEIGEN: Ingo Müller (verantwortlich) und Jürgen Mauker, REPUBLIC Marketing & Media Solutions GmbH, Mittelstraße 2-4, 10117 Berlin, www.republic.de.

Anzeigenpreisliste Nr. 81a vom 1. April 2021 an; für Stellenanzeigen: FA.Z.-Stellenmarkt-Preisliste Nr. 15a vom 1. April 2021 an.

HERSTELLER: Andreas Gierth.

MONATSBEZUGSPREIS: Inland: Abonnement Frankfurter Allgemeine Zeitung 71,50 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 78,50 €. Abonnenten der ge-



Eine Woche Zeit: Schwedens Ministerpräsident Stefan Löfven muss bald entscheiden, wie es weitergeht.

Foto Reuters

Auf Bündnissuche

Ablehnung von ganz links bis ganz rechts: Stefan Löfven verliert als erster schwedischer Ministerpräsident ein Misstrauensvotum. Kann er sich trotzdem halten?

Von Matthias Wyssuwa

Am Ende geht in Stockholm alles ganz schnell. Ministerpräsident Stefan Löfven sitzt in den vollen Reihen des Reichstags. Weil er wie alle anderen einen Mund-Nasen-Schutz trägt, lässt sich aus seinem Gesicht kaum eine Regung ablesen, als über die Zukunft seiner Regierung diskutiert wird. Auch nicht, als die Vorsitzende der Linkspartei, Nooshi Dadgostar, am Rednerpult ausführt, warum sie das Vertrauen in seine Regierung verloren hat. Bislang hatte sie die rot-grüne Minderheitsregierung unterstützt. Dann drücken die Abgeordneten auf die Knöpfe an ihren Pulten, und es ist offiziell: Eine Mehrheit spricht dem Sozialdemokraten Löfven das Misstrauen aus. 181 Abgeordnete stimmen für den Misstrauensantrag, 109 dagegen, 51 Abgeordnete enthalten sich.

Elf Mal mussten sich Minister oder Ministerpräsidenten bisher Misstrauensabstimmungen stellen – stets scheiterten die Anträge. An diesem Montag wurde in Stockholm alles Geschichte geschrieben. Es sind die Stimmen eines unwahrscheinlichen Bündnisses, das die Regierung in Stockholm gestützt hat. Sie kommen aus den Reihen der bürgerlichen Moderaten und Christdemokraten, der rechtspopulis-

tischen Schwedendemokraten und eben der Linkspartei. Diese hatte das alles überhaupt erst möglich gemacht, als die linke Dadgostar im Streit über eine Reform des Mietrechts vergangene Woche verkündete, kein Vertrauen mehr in den 63 Jahre alten Löfven zu haben. Nun hat Schweden eine Regierungskrise – und die Linkspartei könnte den Weg bereitet haben für einen bürgerlichen Ministerpräsidenten, gestützt von Rechtspopulisten.

Ob es dazu kommt, ist ungewiss. Nach dem Misstrauensvotum ist erst einmal Löfven am Zug: Er hat eine Woche Zeit, um entweder eine Neuwahl in den nächsten drei Monaten auszurufen oder einfach zurückzutreten. Dann könnte der Parlamentspräsident Gespräche zwischen den Parteien vereinbaren, um auszuloten, ob sich im Reichstag nicht noch ein anderes Regierungsbündnis finden lässt. Regelmäßig findet die nächste Wahl im September nächsten Jahres statt.

Als Löfven kurz nach der Abstimmung vor die Presse tritt, spricht er von einer schweren politischen Lage in Schweden. Bei der Frage von Journalisten, was er denn genau vorhabe, legt er sich nicht fest. Stattdessen verweist Löfven immer wieder auf die Woche, die ihm bleibt. Er will mit seinen bisherigen Partnern reden. Er wird besprechen, was möglich ist. Eine Neuwahl, sagt er, sei eine Option.

Es ist eine Niederlage mit Ansage für Löfven. Hektisch hatte es in Stockholm noch Verhandlungen und Angebote gegeben, um den Sturz der Regierung abzuwenden. Die Linkspartei aber war bei ihrem Kurs geblieben. Vor der Abstimmung macht Dadgostar im Reichstag klar, ihre Partei habe die meisten Zugeständnisse gemacht, aber nichts dafür bekommen. So ganz von der Hand zu weisen ist das auch nicht. Nach der Wahl im September 2018 hatte es vier Monate gedauert, eine Regierung zu bilden. Dafür hatten sich zwei Parteien aus dem bürgerlichen Lager herausgelöst – die Zentrums- und die Liberalen – und Löfvens Regierung ihre Unter-

stützung zugesagt. Sie wollten so verhindern, dass die Schwedendemokraten Einfluss bekommen, sollte eine bürgerliche Minderheitsregierung an die Macht kommen. Ihre Zusammenarbeit beschlossen sie in dem „Januarabkommen“, die Linkspartei war kein Teil davon, auch wenn ihre Stimmen gebraucht wurden. Sie nahm es hin, unterstützte Löfven, zog jedoch rote Linien. Schon bei der Liberalisierung des Arbeitsrechts war es für sie nicht leicht, den Kurs der Regierung mitzugehen. Pläne zur Reform des Mietrechts gingen ihr dann zu weit: Es ging um den Vorschlag, dass im regulierten schwedischen Mietmarkt künftig bei Neubauten die Mietpreise frei festgesetzt werden können. Die Linkspartei war empört, sah das schwedische Modell in Gefahr.

Als Dadgostar davon sprach, das Vertrauen in Löfven verloren zu haben, sahen die Schwedendemokraten ihre Chance gekommen: Sie beantragten das Misstrauensvotum. Auch die Moderaten und die Christdemokraten machten klar, für den Antrag stimmen zu wollen. Der Mietpreisvorschlag ist zwar in ihrem Sinne, der Wunsch, die Regierung zu stürzen, aber war größer. Immer heftiger waren zuletzt die Angriffe aus der Opposition gegen Löfven geworden: Themen waren vor allem der Kampf gegen die Bandengewalt und die Integrations- und Migrationspolitik. Diese Themen dürften den Wahlkampf beherrschen, sollte er tatsächlich folgen. Ulf Kristersson, der Vorsitzende der Moderaten, will Nachfolger von Löfven werden – selbst wenn er dafür auf die Unterstützung der Schwedendemokraten angewiesen wäre. Damit würde auch er dann Geschichte schreiben in Schweden.

Die Liberalen wollen nun wieder eine bürgerliche Regierung unterstützen. Dadgostar hingegen sagt nach der Abstimmung im Reichstag, ihre Partei werde mit der Regierung reden und einen Kompromiss suchen. Man wolle Löfven gerne als Ministerpräsident zurück, nur ohne die freien Mietpreise. Man reiche ihm die Hand.

Sánchez' Gnadenakt

Spaniens Ministerpräsident will die Blockade im Katalonien-Konflikt überwinden

her. MADRID. Der spanische Ministerpräsident Pedro Sánchez hat angekündigt, dass seine Regierung an diesem Dienstag die neun katalanischen Separatisten begnadigen wird, die der Oberste Gerichtshof zu Freiheitsstrafen zwischen neun und dreizehn Jahren verurteilt hat. „Die spanische Regierung hat beschlossen, sich dem Problem zu stellen und die Einigung zu suchen“, sagte der Ministerpräsident am Montag im Liceu-Theater in Barcelona. „Die Freilassung dieser neun Personen, die Tausende von Katalanen repräsentieren, ist eine unmissverständliche Botschaft, die den Wunsch nach Harmonie und Koexistenz der spanischen Demokratie ausdrückt.“

Sánchez versucht mit diesem riskanten Schritt, die politische Blockade im Katalonien-Konflikt zu überwinden. Laut Umfragen sind mehr als 60 Prozent der Spanier gegen den Gnadenakt der Separatisten, die bisher keine Reue zeigen. Während die rechte Opposition eine Kampagne gegen die Begnadigungen führt, sprachen

sich zuletzt führende Wirtschafts- und Kirchenvertreter dafür aus. Die Zukunft sei jetzt wichtiger als die Vergangenheit, sagte Sánchez. Er will so schnell wie möglich den politischen Dialog mit der neugewählten katalanischen Regionalregierung wiederaufnehmen.

Den neun separatistischen Politikern und Aktivisten soll die Reststrafe erlassen werden, nicht jedoch ihr politisches Betätigungsverbot. Sie waren wegen ihrer Beteiligung am Referendum über die katalanische Unabhängigkeit am 1. Oktober 2017 verurteilt worden, das die spanische Justiz für illegal erklärt hatte. Drei Verurteilte, die nicht ins Gefängnis mussten, haben ihre Strafen schon verbüßt. Mit 13 Jahren hatte der frühere stellvertretende Regionalpräsident Oriol Junqueras die längste Freiheitsstrafe erhalten. Für den nach Brüssel geflohenen einstigen Regierungschef Carles Puigdemont werden die Begnadigungen jedoch nicht gelten.

Während seiner Rede wurde Sánchez am Montag von Zwischenrufen unterbro-

chen, die „Unabhängigkeit“ forderten. Auch Demonstranten vor dem Liceu-Theater protestierten gegen den Plan der spanischen Regierung, der vielen Separatisten nicht weit genug geht. Sie verlangen eine bedingungslose Amnestie. Die rechte Opposition warf Sánchez vor, er sei vor den Unabhängigkeitsbefürwortern „auf die Knie“ gegangen.

Mit seiner Ankündigung nahm Sánchez einem Resolutionsentwurf den Wind aus den Segeln, der am Montag der parlamentarischen Versammlung des Europarats zur Abstimmung vorlag. Der Justiz- und Menschenrechtsausschuss hatte vorgeschlagen, „die Begnadigung oder anderweitige Freilassung der katalanischen Führer in Betracht zu ziehen“ und die Anklagen gegen andere Separatisten fallen zu lassen, die aus Spanien geflohen sind. Auf spanischen Druck hin wurden Begriffe wie „Amnestie“ und „Exil“ gestrichen. In Madrid ist man empört darüber, dass der Ausschuss die Menschenrechtslage in Spanien mit der in der Türkei vergleicht.

Nur ein „Nein“ für Biden

Irans Raisi zu keinen Kompromissen bereit

Her./löv. FRANKFURT/WIEN. Der künftige iranische Präsident Ebrahim Raisi hat bei der Vorstellung der Grundzüge seiner Politik keine Kompromissbereitschaft gezeigt. Auf einer Pressekonferenz in Teheran wiederholte er drei Tage nach seinem Sieg bei der Präsidentschaftswahl die bekannten Positionen, dass es zunächst an den Vereinigten Staaten liege, die „tyrannischen Sanktionen“ aufzuheben, bevor Iran zu seinen Verpflichtungen gemäß dem Atomabkommen zurückkehre. Der Europäischen Union warf er vor, gegenüber Iran mit den USA zu kooperieren. Kategorisch schloss Raisi Verhandlungen über Irans Raketenprogramm und die Rolle in den Nachbarstaaten aus. Die kürzeste Antwort gab er auf die Frage, ob er nach einer Aufhebung der Sanktionen zu einem Treffen mit dem amerikanischen Präsidenten Joe Biden bereit sei: „Nein.“

Die Unterhändler in Wien würden ihre Arbeit fortsetzen, solange die Regierung Hassan Rohanis im Amt sei, sagte Raisi. Die Amtsübergabe findet am 3. August statt. Die Verhandlungen in Wien über eine mögliche Wiederherstellung des Atomabkommens von 2015 wurden am Sonntagabend ein weiteres Mal unterbrochen, um den Delegationen Gelegenheit zur Rücksprache in den Hauptstädten zu geben. Das dient offensichtlich dazu, Raisi einzubinden. Was die großen Verhandlungslinien Irans betrifft, erwarten die westlichen Unterhändler offensichtlich keine Änderungen, da alle Entscheidungen letztlich vom Revolutionsführer abhängen.

Europäische Diplomaten sagten nach dem Abschluss der sechsten Verhandlungsrunde am Sonntag, man habe sich auf „eine Reihe wichtiger Elemente“ geeinigt, die „schwierigsten Themen“ seien aber weiter ungeklärt: es könne „nicht endlos“ weiterverhandelt werden. Der iranische Delegationsleiter, Abbas Araghtchi, befand, man sei einer Einigung „näher denn je“, er hoffe, dass in der nächsten Runde die letzte „kurze, wenn auch schwierige Strecke“ zurückgelegt werden könne. Mit Interesse wurde in Wien zur Kenntnis genommen, dass Iran in der Nacht zum Montag wegen eines „technischen Fehlers“ das Atomkraftwerk Buschehr herunterfahren musste. Eine entsprechende Meldung wurde an die Internationale Atomenergiebehörde in Wien übermittelt. Mehrmals sind iranische Atomanlagen sabotiert worden, mutmaßlich durch israelische Geheimdienste.

In seiner Amtszeit will Raisi das in diesem Frühjahr unterzeichnete, auf 25 Jahre angesetzte Abkommen zur Zusammenarbeit mit China verwirklichen. Den Palästinesiern sicherte er zu, Iran werde weiterhin an ihrer Seite stehen. Raisi befürwortete die Wiedereröffnung der saudischen Botschaft in Teheran. Iran werde seine Politik im Jemen jedoch erst ändern, wenn Saudi-Arabien seine Angriffe auf das Land einstelle.

Auf die Forderung der Menschenrechtsorganisation Amnesty International angesprochen, dass wegen der 1988 begangenen Menschenrechtsverletzungen gegen ihn ermittelt werden solle, sagte Raisi, als Jurist und Staatsanwalt habe er immer die Menschenrechte verteidigt. Er dementiert die damaligen Massenhinrichtungen aber nicht. Es habe sich um Terroristen gehandelt, sagte Raisi. Einen Großteil seiner Ausführungen widmete er der Verbesserung der Wirtschaftslage. Er werde bei den Atomverhandlungen nicht aufgrund wirtschaftlicher Vorteile nachgeben. Raisi strebt eine Autarkie bei Grundnahrungsmitteln an. Korruption und Diskriminierung sagte er den Kampf an. Die Unternehmenssteuer will er von 25 auf zehn Prozent senken. Im Gegenzug sollen die Immobiliensteuern sowie die Steuern auf den Devisen- und Goldhandel erheblich angehoben werden.

Unterdessen wurden die Zweifel an der offiziell angegebene Wahlbeteiligung von 48 Prozent gemindert. So gaben in mehreren Wahlkreisen angeblich mehr als 100 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme ab. In der Provinz Alborz lag der Anteil der ungültigen Stimmen bei 51 Prozent.

© FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG GMBH, FRANKFURT AM MAIN

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH behält sich eine Nutzung ihrer Inhalte für kommerzielles Text- und Data-Mining im Sinne von § 44b UrhG ausdrücklich vor. Für den Erwerb einer entsprechenden Nutzungslizenz wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@faz.de.

DRUCK: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG, Kurhessenstraße 4–6, 64546 Mörfelden-Walldorf; Märkische Verlags- und Druck-Gesellschaft mbH Potsdam, Friedrich-Engels-Straße 24, 14473 Potsdam; Süddeutscher Verlag Zeitungsdruck GmbH, Zamorfer Straße 40, 81677 München.

Amthliches Publikationsorgan der Börse Berlin, Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, Frankfurter Wertpapierbörse, Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg, Niedersächsischen Börse zu Hannover, Börse München, Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart

ANSCHRIFT FÜR VERLAG UND REDAKTION: Postadresse: 60267 Frankfurt am Main, Hausanschrift: Hellerhofstraße 2–4, 60327 Frankfurt am Main; zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

TELEFON: (069) 75 91-0. Anzeigenservice: (069) 75 91-33 44. Kundenservice: (0 69) 75 91-10 00 oder www.faz.net/melnabo. Telefax: Anzeigen (069) 75 91-80 820; Redaktion (0 69) 75 91-17 43; Kundenservice (0 69) 75 91-21 80.

BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER: leserbriefe@faz.de